

Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung in der Europäischen Union

Zusammenfassung

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion Justiz und Verbraucher
Direktion D – Gleichstellung
Referat JUST/D1 – Gleichstellungsrecht

*Europäische Kommission
B-1049 Brüssel*



Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung in der Europäischen Union

Zusammenfassung

Europäisches Netz unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung

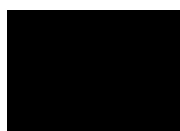
Verfasst von Dorota Pudzianowska und Krzysztof Śmiszek

Beratung: Migration Policy Group

Europäische Kommission

Generaldirektion Justiz und Verbraucher

Manuskript abgeschlossen im Dezember 2014



Der Bericht wurde von Dorota Pudzianowska und Krzysztof Śmiszek im Auftrag des Europäischen Netzes unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung (aus Gründen der Rasse oder ethnischen Herkunft, des Alters, einer Behinderung, der Religion oder Weltanschauung sowie der sexuellen Ausrichtung) verfasst, das geleitet wird von:

Human European Consultancy

Maliestraat 7
3581 SH Utrecht
Niederlande
Tel.: +31 30 634 1422
Fax: +31 30 635 2139
office@humanconsultancy.com
www.humanconsultancy.com

The Migration Policy Group

Rue Belliard 205, Box 1
1040 Brüssel
Belgien
Tel.: +32 2 230 5930
Fax: +32 2 280 0925
info@migpolgroup.com
www.migpolgroup.com

Weitere Informationen über die Veröffentlichungen des Europäischen Netzes unabhängiger Sachverständiger im Bereich der Nichtdiskriminierung finden Sie auf folgender Website:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=615&langId=en&moreDocuments=yes>

© Fotos und Layout: Ruben Timman / www.nowords.nl

Für die Verwendung oder den Nachdruck von Fotos, die nicht dem Urheberrecht der Europäischen Union unterstellt sind, muss eine Genehmigung direkt bei dem/den Inhaber/n des Urheberrechts eingeholt werden.

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden.***

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Diese Publikation wurde von der Europäischen Kommission im Rahmen des Rahmenprogramms PROGRESS in Auftrag gegeben (Beschluss 1672/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. L 315/1 vom 5.11.2006).

Für weitere Informationen zu PROGRESS siehe:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=327&langId=de>

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Dieser Bericht wurde für die Europäische Kommission erstellt und von ihr finanziert. Er gibt nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der Europäischen Kommission wieder.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISBN 978-92-79-44624-5

doi: 10.2838/435309

© Europäische Union, 2015

Zusammenfassung

Die Richtlinie für die Gleichstellung im Beschäftigungsbereich (Richtlinie 2000/78/EG) verlangt von allen EU-Mitgliedstaaten, die Bürger und Bürgerinnen vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung in Beschäftigung und Beruf zu schützen. Im vorliegenden Bericht wird der durch die Richtlinie gewährte Schutz und ihre Auswirkung auf die nationalen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund des Völkerrechts und sonstiger Menschenrechtsbestimmungen beschrieben.

Heute ist das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung fest im Recht der Vereinten Nationen und des Europarats verankert. Durch den Artikel 6 EUV wird das EU-Recht besonders eng mit dem Europarat und insbesondere der Europäischen Menschenrechtskonvention verknüpft.

Bevor die Richtlinie für die Gleichstellung im Beschäftigungsbereich den Mitgliedstaaten entsprechende Pflichten auferlegte, enthielten nur wenige einzelstaatliche Systeme den Gleichbehandlungsgrundsatz aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Bereich „Beschäftigung und Beruf“ und noch weniger in anderen Bereichen. Mit der Richtlinie 2000/78/EG wurden hierzu gemeinsame EU-Vorschriften eingeführt.

Die Richtlinie für die Gleichstellung im Beschäftigungsbereich gilt für den weit gefassten Bereich „Beschäftigung und Beruf“, allerdings mit Ausnahme der Leistungen des Sozialschutzes, die nicht unter den Begriff des Entgelts im Sinne von Artikel 157 AEUV über das gleiche Entgelt für Männer und Frauen fallen.

Die Richtlinie verbietet Diskriminierung unter anderem aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Die Bedeutung dieses Begriffs wird allerdings nicht genau definiert. So stellt sich insbesondere die Frage, ob die Richtlinie über die heterosexuelle, homosexuelle und bisexuelle Ausrichtung hinaus auch für weitere Fragen der Nicht-Heteronormativität wie Kleidungsstil, Ausdrucksformen oder Verhalten, die sich von stereotypischen gesellschaftlichen Rollen oder Erwartungen ableiten, gilt.

Die Richtlinie 2000/78/EG verbietet die üblichen vier Formen der Diskriminierung des modernen EU-Nichtdiskriminierungsrechts, nämlich die unmittelbare und die mittelbare Diskriminierung, die Belästigung und Anweisungen zur Diskriminierung. Im Allgemeinen sind diese Konzepte in den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt worden, auch wenn es in manchen Ländern Probleme beispielsweise mit der überaus wichtigen Frage der Vergleichsperson gibt.

Die genannte Richtlinie verbietet nicht nur die Diskriminierung aufgrund der tatsächlichen sexuellen Ausrichtung einer Person, sondern auch aufgrund der Assoziierung und der Annahme. Hierbei ist die Umsetzung in das nationale Recht in manchen EU-Mitgliedstaaten problematisch. Häufig gibt es zu dieser Problematik keine expliziten Rechtsvorschriften.

Die Richtlinie sieht einige Ausnahmen vor, mit denen eine ungünstigere Behandlung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung gerechtfertigt werden kann. Diese sind in der Regel korrekt in das nationale Recht der Mitgliedstaaten umgesetzt worden; es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, dass es in der Europäischen Union keine einzige Bestimmung zur Schaffung einer besonderen und spezifischen Regelung für positive Maßnahmen in Bezug auf die sexuelle Ausrichtung gibt. Manche einzelstaatlichen Rechtssysteme regeln positive Maßnahmen nicht nur als eine Ausnahme vom Gleichbehandlungsgrundsatz, sondern eher als eine positive Verpflichtung. Dies entspricht dem Wesen der Richtlinie, die ein Instrument zur Gewährleistung eines Mindestschutzes ist.

In den meisten einzelstaatlichen Antidiskriminierungsvorschriften sind Ausnahmen für Kirchen und Organisationen vorgesehen, die sich auf einem bestimmten Ethos gründen. In dieser Hinsicht ist in der Richtlinie für die Gleichstellung im Beschäftigungsbereich ausdrücklich festgehalten, dass diese Ausnahme nicht dazu herangezogen werden

kann, um eine ungünstigere Behandlung aufgrund eines anderen Merkmals als Religion oder Weltanschauung zu rechtfertigen. Einige Mitgliedstaaten haben es diesbezüglich versäumt, eine explizite Bestimmung einzuführen. Es lassen sich praktische Beispiele dafür anführen, wie hierdurch eine Bedrohung für den Gleichbehandlungsgrundsatz aufgrund der sexuellen Ausrichtung geschaffen wird.

In den meisten EU-Mitgliedstaaten sind in den Antidiskriminierungsgesetzen Rechtsbehelfe und Sanktionen für den Fall eines Verstoßes gegen das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung vorgesehen. Allerdings verweisen die meisten nicht ausdrücklich und direkt auf den durch die Richtlinie geschaffenen Standard, nach dem die Sanktionen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein müssen. Kein EU-Mitgliedstaat sieht Sanktionen vor, die besonders auf Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung abgestimmt und auf diese zugeschnitten sind.

Die Richtlinie für die Gleichstellung im Beschäftigungsbereich verpflichtet die Mitgliedstaaten nicht zur Einrichtung einer Gleichbehandlungsstelle, d.h. einer unabhängigen Einrichtung für die Förderung der Gleichbehandlung. Trotz des Fehlens einer derartigen Pflicht haben einige Mitgliedstaaten eine allgemeine Gleichbehandlungsbehörde eingerichtet, die auch für die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung zuständig ist. In keinem EU-Mitgliedstaat wurde eine Gleichbehandlungsstelle eingerichtet, die sich ausschließlich mit den Problemen der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung befasst.

Die Richtlinie 2000/78/EG erlaubt ausdrücklich einen weiter reichenden Schutz im nationalen Recht. In den EU-Mitgliedstaaten gibt es viele Rechtsvorschriften zur Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, die über den Geltungsbereich dieser Richtlinie hinausgehen. Zurzeit wird über den Vorschlag der Europäischen Kommission beraten, das Schutzniveau in der EU anzugleichen, d.h. die Diskriminierung außerhalb des Beschäftigungsbereichs mit einer "horizontalen Richtlinie" zu bekämpfen. Er steht bei dem Präsidenten der neuen Europäischen Kommission ganz oben auf der politischen Agenda.

Europäische Kommission

Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung in der Europäischen Union– Zusammenfassung

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

2014 — 6p. — 21 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-44624-5

DOI 10.2838/435309

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- Einzelexemplar:
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:
bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm),
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union (http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm),
über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm)
oder unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

